

ATOMWAFFEN VERBIETEN



ÜBER ICAN

Die **Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)** ist eine globale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, die für eine atomwaffenfreie Welt arbeiten. Wir rufen alle Staaten auf, jetzt mit Verhandlungen über einen Vertrag zum unmissverständlichen Verbot von Atomwaffen zu beginnen.



„Wenn Gandhi und Martin Luther King Jr. heute leben würden, wären sie bei ICAN dabei.“

MARTIN SHEEN, Schauspieler und Aktivist

Veröffentlicht: Nov 2016
ICAN Deutschland
Englische Originalfassung und
Design: Tim Wright
Kontakt: office@ican.berlin

Wozu ein Atomwaffenverbot?

Ein Atomkrieg wäre eine gigantische humanitäre Katastrophe. Darum brauchen wir dringend einen internationalen Vertrag, der Atomwaffen verbietet.

Atomwaffen sind aktuell die einzigen Massenvernichtungswaffen, welche noch nicht durch einen internationalen Vertrag verboten wurden – obwohl sie die zerstörerischsten aller Waffen sind. Ein globales Atomwaffenverbot ist lange überfällig und kann mit öffentlichem Druck und dem nötigen politischen Willen in kurzer Zeit erreicht werden. Dann wäre nicht nur der Besitz und Einsatz illegal; das Verbot würde den Weg für die Abschaffung der Atomwaffen ebnen. Staaten, die für nukleare Abrüstung sind, beginnen jetzt mit Verhandlungen zu einem Verbotsvertrag.

KATASTROPHALES LEID

Weltweit gibt es immer noch abertausende Atomwaffen. Die Detonation einer einzigen über einer Großstadt könnte über eine Million Menschen töten. Der Einsatz von dutzenden oder hunderten würde das globale Klima aus den Fugen bringen. Die Landwirtschaft würde zusammenbrechen, Milliarden Menschen müssten hungern. Angemessene Hilfe wäre unmöglich. Angesichts der katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen ist deren Verbot und Abschaffung die einzige verantwortungsvolle Option.

VERPFLICHTUNGEN ERFÜLLEN

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu führen und abzuschließen. Allerdings haben die Atomwaffenstaaten bisher keinen Fahrplan für eine atomwaffenfreie Welt vorgelegt. Stattdessen modernisieren sie für viel Geld ihre Arsenale. Ein Weiter-so ist keine akzeptable Option, nun muss endlich abgerüstet werden. Solange Atomwaffen existieren, gibt es eine reale Gefahr, dass sie eingesetzt werden – ob mit Absicht oder aus Versehen.

ATOMWAFFENSTAATEN

Staaten mit eigenen Arsenalen

China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland, USA

Staaten mit US-Atomwaffen

Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande, Türkei

Andere Staaten in nuklearen Allianzen

Albanien, Australien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Island, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Ungarn, Tschechien

Wie das Verbot funktioniert

Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen ist der nächste Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt - ob mit oder ohne die Unterstützung der Atomwaffenstaaten.

Engagierte Staaten werden 2017 über einen Verbotsvertrag verhandeln – ohne Rücksicht auf die (Nicht-)Teilnahme nuklear bewaffneter Staaten. Die Alternative würde bedeuten, den Atomwaffenstaaten weiter zu erlauben, den Prozess zu kontrollieren und Fortschritte auszubremsen. Diese halten an einem Zweiklassensystem fest – im Rahmen eines Vertrages, der keine Abrüstung erzwingen kann.

EIN GLOBALES VERBOT

Ein Verbot von Atomwaffen würde weltweit das ermöglichen, was atomwaffenfreie Zonen

regional erreicht haben – in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, im Südpazifik, Südost- und Zentralasien. So könnten alle unterstützenden Staaten ihre Ablehnung von Atomwaffen in einer unmissverständlichen internationalen Rechtsnorm zum Ausdruck bringen. Ein Verbot würde auf dem Atomwaffen-sperrvertrag aufbauen und diesen stärken. Letzterer hilft zwar, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu begrenzen, reicht für nukleare Abrüstung aber nicht aus. Das Atomwaffenverbot ist der fehlende Baustein für eine umfassende Ächtung aller Massenvernichtungswaffen.

ABRÜSTUNG ERMÖGLICHEN

Die Ächtung von Waffentypen ist der erste Schritt zur Abschaffung und erleichtert diese. Das Verbot von biologischen bzw. chemischen Waffen etwa war ein essenzieller Schritt in den weiter andauernden Bemühungen um ihre Eliminierung. Ähnlich wie bei der Bio- oder Chemiewaffenkonvention dürften einem Verbotsvertrag zu Atomwaffen auch die Staaten mit nuklearen Arsenalen beitreten – sofern sie sich bereit erklären, diese in einem festgelegten Zeitplan zu vernichten. Gegebenenfalls können Vereinbarungen getrof-

fen werden, die sicherstellen, dass noch existierende Bestände überprüfbar und unumkehrbar beseitigt werden. Der Verbotsvertrag selbst muss keine Schritte zur weltweiten Abschaffung vorwegnehmen. Vielmehr schafft er das Grundgerüst dazu. Einmal in Kraft, würde er allen Atomwaffen zweifelsfrei jede Legitimität entziehen. Einmal in Kraft, würde der Vertrag jede Vorstellung in Zweifel ziehen, der Besitz von Atomwaffen könne für bestimmte Staaten legitim sein.

VERBOTENE WAFFEN

Es gibt bereits internationale Konventionen, die Biowaffen, Chemiewaffen, Antipersonen-Landminen und Streumunition verbieten. Bisher fehlt ein vergleichbarer Vertrag über Atomwaffen. Die Staatengemeinschaft muss diese völkerrechtliche Lücke schließen. Wie

im Falle der Verhandlungen um die Landminen- und Streumunitionsverbote sollten gleichgesinnte Regierungen in enger Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und unabhängig vom Widerstand der Atomwaffenstaaten voranschreiten.



✓ BIOLOGISCHE WAFFEN

Verboten durch die Biowaffenkonvention

1972



✓ CHEMISCHE WAFFEN

Verboten durch die Chemiewaffenkonvention

1993



✓ LAND-MINEN

Verboten durch die Ottawa-Konvention

1997



✓ STREU-MUNITION

Verboten durch das Übereinkommen über Streumunition

2008



ATOM-WAFFEN

NOCH NICHT
VERTRAGLICH
VERBOTEN

WELTWEITE UNTERSTÜTZUNG FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG



ÜBER 120 REGIERUNGEN

Drei Viertel aller Staaten bei den Vereinten Nationen stimmten dafür, 2017 Verhandlungen aufzunehmen, um Atomwaffen zu verbieten – darunter fast alle Staaten des Globalen Südens. Sie werden diese Befürwortung nun in die Tat umsetzen und einen Verbotsvertrag verhandeln und abschließen.



ROTES KREUZ UND ROTER HALBMOND

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung – mit rund 100 Millionen Freiwilligen und Angestellten die größte humanitäre Organisation der Welt – hat zu einem rechtsverbindlichen Übereinkommen zum Verbot des Einsatzes und zur Abschaffung von Atomwaffen aufgerufen.



GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

Ban Ki-moon hob als UN-Generalsekretär das Fehlen eines völkerrechtlichen Verbotsvertrages zu Atomwaffen hervor und sprach sich wiederholt für ein Verbot sowie für die Abschaffung von Atomwaffen aus. Ban Ki-moon ist auch ein Unterstützer von ICAN.



93 PROZENT DER DEUTSCHEN SIND DAFÜR

Nahezu alle Menschen in Deutschland sagen „Ja“ zu einem Atomwaffenverbot. Die Bundesregierung arbeitet aber dagegen. Auch in den Atomwaffenstaaten spricht sich eine Mehrheit für ein Verbot aus. 20 Millionen Unterschriften für einen solchen Vertrag gingen seit 2010 bei den Vereinten Nationen ein.



„Ergreifen Sie die Initiative. Warten Sie nicht auf andere oder Ihre Nachbarn, um Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen zu beginnen. Wenn Sie nur voranschreiten, werden die anderen folgen.“

VERHEERENDE AUSWIRKUNGEN

In den letzten Jahren haben sich Regierungen, Zivilgesellschaft und internationale Organisationen verstärkt den verheerenden humanitären Auswirkungen von Atomwaffen gewidmet und sie ins Zentrum der Debatte gestellt. Im März 2013 hat die norwegische Regierung erstmalig zu einer Konferenz eingeladen, die sich aus rein humanitärer Perspektive mit der Bedrohung durch Atomwaffen auseinandersetzte. Im Jahr 2014 folgten zwei weitere Staatenkonferenzen, die das Thema vertieften, in Mexiko und Österreich. Auf der im Dezember 2014 abgehaltenen Konferenz in Wien verabschiedete die österreichische Regierung eine Erklärung, die "Humanitarian Pledge", der sich eine große Mehrheit der Staatengemeinschaft anschloss und damit ihre Bereitschaft erklärte, Atomwaffen zu verbieten.



Den Verbotsvertrag verwirklichen

Es gibt keinen Zweifel an der humanitären Notwendigkeit, Atomwaffen zu verbieten. Für dieses Ziel muss die Öffentlichkeit mobilisiert und politisch Initiative ergriffen werden.

Seit 2010 rücken die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen auch bei Debatten um die beste Strategie für nukleare Abrüstung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie verdeutlichen, wie dringend ein Verbotsvertrag ist. Die verheerenden Folgen wurden in Hiroshima und Nagasaki sowie in unzähligen Tests dokumentiert. Ihre Nachweise sind für ein völkerrechtliches Verbot mehr als ausreichend.

MOBILISIERUNG

Seit 2007 arbeitet ICAN als Koalition von Organisationen in über 98 Staaten daran, die

Bedrohung durch Atomwaffen auf die politische Agenda zu setzen. Wir haben Konferenzen, Workshops, Ausstellungen, Filmvorführungen und weltweite Proteste organisiert, tragen die Idee eines Atomwaffenverbots in die Vereinten Nationen, in Parlamente, Schulen und soziale Medien. Unsere Forderung trifft auf viele offene Ohren und wird teilweise begeistert begrüßt.

POLITISCHE INITIATIVE

Atomwaffenfreie Staaten beklagen seit Jahrzehnten den mangelnden Fortschritt in der nuklearen Abrüstung. Viele sorgen sich, weil weiter aufgerüstet

wird und die Arsenale modernisiert werden. Wenngleich die Situation frustrierend ist, sind diese Staaten keineswegs machtlos. Immerhin stellen sie die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft. Durch ihre Zusammenarbeit werden sie ein mächtiges rechtliches Instrument schaffen: Ein weltumspannender Verbotsvertrag wird Atomwaffen nicht nur stigmatisieren, sondern gewaltigen Druck für nukleare Abrüstung ausüben. Es ist an der Zeit, diese Initiative bekannt zu machen und für Unterstützung zu werben.

AKTIV WERDEN FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG

Regierungen sollten:

- die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen anerkennen
- an den Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen konstruktiv teilnehmen

Die Zivilgesellschaft sollte:

- die Öffentlichkeit über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen aufklären
- sich am Netzwerk zur Unterstützung eines Verbotsvertrages zu Atomwaffen beteiligen
- eine konstruktive Teilnahme der Bundesregierung an den Verhandlungen fordern

Häufig gestellte Fragen

1. Kann ein Verbot ohne Atomwaffenstaaten verhandelt werden?

Ja. Zwar sollten die neun Atomwaffenstaaten dazu ermutigt werden, den Verhandlungen beizutreten, ihre Teilnahme ist aber nicht zwingend. Der Verhandlungsprozess wurde von den atomwaffenfreien Staaten gegen den Willen der meisten Atomwaffenstaaten und ihrer Alliierten angestoßen.

Vereinbarungen, welche die gegenseitige Überprüfbarkeit des Abrüstungsprozesses sicherstellen, können zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit den Atomwaffenstaaten verhandelt werden, sobald diese hierzu bereit sind. Wichtig ist, dass zunächst ein unmissverständliches, völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen verabschiedet wird.

2. Können NATO-Staaten die Verhandlungen zum Verbotsvertrag unterstützen?

Ja. Alle NATO-Mitglieder haben sich dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt verschrieben. Kein Staat müsste aus der NATO oder anderen Bündnissen austreten, solange er sich danach auf ein Sicherheitskonzept stützt, welches ohne Atomwaffen auskommt.

3. Würde ein Verbotsvertrag zur Nichtverbreitung beitragen?

Ja. Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn potenzielle Atomwaffenstaaten echte Fortschritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt sehen, kann die Verbreitung von Atomwaffen besser verhindert werden. Die Doppelmoral, derzufolge nur bestimmte Staaten Atomwaffen vorhalten dürfen, schwächt die Glaubwürdigkeit des Regimes gegen die Weitergabe von Atomwaffen. Mit einem Verbot hingegen müssten sich alle Staaten an die gleichen Regeln halten.

4. Widerspricht ein Verbot dem Atomwaffensperrvertrag?

Nein. Ein Verbotsvertrag würde den Atomwaffensperrvertrag ergänzen und stärken. Dieser Vertrag bleibt so lange in Kraft, wie es die Vertragsparteien wünschen. Artikel 6 verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung zu führen. Ein Verbot wäre ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung dieser Verpflichtung.

5. Was ist der praktische Nutzen einer Stigmatisierung?

Ein Verbot stärkt das Tabu, Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder gar einzusetzen. Ein Verbot würde die Alliierten von Atomwaffenstaaten dazu drängen, den Besitz von Atomwaffen und die Abschreckungsdoktrin nicht länger zu unterstützen. Er würde die Alliierten von Atomwaffenstaaten dazu auffordern, den Besitz von Atomwaffen nicht länger zu unterstützen. Ein Verbotsvertrag

wäre ein starkes Argument dafür, dass Kreditinstitute nicht länger in die Produktion von Atomwaffen investieren sollten.

6. Würde ein Verbotsvertrag unsere Welt sicherer machen?

Ein Atomwaffenverbot würde die Sicherheit aller erhöhen – insbesondere die Sicherheit der Menschen, die in nuklear bewaffneten Staaten leben. Auch Menschen in atomwaffenfreien Staaten wären sicherer, denn auch jeder „begrenzte“, regionale Atomkrieg hätte globale Auswirkungen.

Mobilisierung: Aktivisten bedanken sich bei den Regierungen, die an der Konferenz über die Humanitären Auswirkungen von Atomwaffen in Oslo teilnehmen, März 2013.



Mehr wissen zum Verbotsvertrag zu Atomwaffen?
Den umfassenden Überblick findest Du unter www.icanw.de/action/ban

ATOMWAFFEN **VERBIETEN**

„Mit Deiner Unterstützung und ICAN können wir es erreichen –
den gesamten Weg bis hin zu null Atomwaffen.“

DESMOND TUTU, Friedensnobelpreisträger

„Ich kann mir eine Welt ohne Atomwaffen vorstellen, und ich unterstütze ICAN.“

DALAI LAMA, buddhistisches spirituelles Oberhaupt

„Zusammen können wir es schaffen! Mit Deiner Hilfe wird unsere Stimme noch stärker!“

YOKO ONO, Friedensaktivistin und Künstlerin

„Ich ziehe meinen Hut vor ICAN für ihre so engagierte und kreative Arbeit.“

BAN KI-MOON, Generalsekretär der Vereinten Nationen

facebook.com/ICAN.Germany | twitter.com/ican_de | www.icanw.de